

## Niederschrift

**über die 20. Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 12. Dezember 2008  
in der Stadthalle der Stadt Hadamar**

**Anwesend waren**

### **I. Die Kreistagsabgeordneten**

1. Arens, Paul, Dornburg-Frickhofen
2. Basquitt, Heinz-Dieter, Brechen
3. **Becker, Robert, Mengerskirchen** **Kreistagsvorsitzender**
4. Benack, Reimund, Limburg-Eschhofen
5. Bender, Friedhelm, Runkel-Wirbelau
6. Bermbach, Peter, Bad Camberg-Würges
7. Birko, Dr., Manfred, Selters-Münster
8. Bletz, Dr., Ralf, Weilburg
9. Bleul, Valentin, Limburg-Eschhofen
10. Böcher, Manuel, Selters-Eisenbach
11. Brenschede, Renate, Dornburg-Dorndorf
12. Brühl, Rüdiger, Beselich-Obertiefenbach
13. Deuster, Heinz-Jürgen, Weilburg-Odersbach
14. Dumeier, Jürgen, Limburg
15. Eckert, Tobias, Mengerskirchen-Dillhausen
16. Erdmann, Margit, Limburg
17. Erk, Wolfgang, Bad Camberg
18. Fehr, Elke-Lore, Limburg-Dietkirchen
19. Fluck, Jens, Limburg-Staffel
20. Friedrich, Ingrid, Elz
21. Fritz, Albrecht, Dornburg-Langendernbach
22. Gotthardt, Manfred, Mengerskirchen
23. Groh, Karl-Heinz, Hünfelden-Mensfelden
24. Hamm, Willi, Selters-Haintchen
25. Hanisch, Johannes, Weilburg-Kubach
26. Heep, Regina, Beselich-Obertiefenbach
27. Heil, Hans-Jürgen, Runkel-Wirbelau
28. Herget, Marie-Christine, Löhnberg
29. Hofmeister, Andreas, Bad Camberg
30. Jung, Oliver, Merenberg-Barig-Selbenhausen
31. Kaufhold-Hausotter, Joachim, Weilmünster
32. Ketter, Reinhold, Weinbach
33. Kleinoeder, Dr., Helmut, Villmar
34. Kocksch, Ulrike, Bad Camberg
35. Kreis, Renate, Hadamar
36. Leinz, Lothar, Hadamar-Steinbach
- ~~37. Marschall v. Bieberstein, Boris, Weilburg~~
38. Michel, Renate, Weilburg
39. Müller, Armin, Weilmünster-Essershausen
40. Nießler, Karl, Elz
- ~~41. Papke, Prof. Dr. Günther, Selters-Münster~~
42. Pfaff, Hildegard, MdL, Hünfelden-Neesbach
43. Radkovsky, Christian, Weilburg-Odersbach
44. Radu, Arnold, Weilmünster
45. Rehmann, Michaela, Villmar
46. Reitz, Robert, Limburg
- ~~47. Rompf, Peter, Limburg~~
48. Schäfer, Helmut, Hünfelden-Neesbach
49. Schäfer, Rudolf, Merenberg-Allendorf
50. Schaus, Anneliese, Bad Camberg
51. Schmidt, Dr., Frank, MdB, Löhnberg
52. Schmitt, Bernd, Elz
53. Schreiner, Franz-Josef, Waldbrunn-Lahr
54. Spilke, Eberhard H., Weilmünster-Möttau
55. Sprenger, Harald, Weinbach-Gräveneck
56. Stahl, Gerda, Bad Camberg-Erbach
57. Steioff, Bernd, Bad Camberg-Oberselters
58. ten Elsen, Mary, Mengerskirchen
59. Trottmann, Peter, Frickhofen



Lfd. Nr.	Tagesordnungspunkte	Protokoll-Nr.
1.	Geschäftliches	487
2.	Berichte und Mitteilungen des Kreisausschusses	488
3.	Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter; hier: Aufstellung der Vorschlagsliste gemäß § 28 der Verwaltungsgerichtsordnung	489
4.	Vorlage des Entwurfs des Wirtschaftsplans 2009 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg	490
5.	Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Limburg-Weilburg	491
6.	Beschlussfassung über den Entwurf des Nachtragswirtschaftsplans 2008 für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg	492
7.	Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2007 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg	493
8.	Beschlussfassung über den Entwurf des Nachtragswirtschaftsplans 2008 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg	494
9.	Beschlussfassung über den Entwurf des Wirtschaftsplans 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg	495
10.	Beschlussfassung über den Entwurf der Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg (Abfall- und Gebührensatzung)	496
11.	Konzept zur Verlagerung von Güterverkehr auf das bestehende Schienennetz im Kreis	497
12.	Geruchsbelästigungen durch die Kompostierungsanlage in Beselich-Heckholzhausen	498
13.	Winterhilfe und Weihnachtsgeld für Kinder verarmter Familien im Landkreis Limburg-Weilburg	499
14.	Entwicklung von Projekten und Maßnahmen zur infrastrukturellen Anbindung des östlichen Kreisgebietes in Richtung Rhein-Main; hier: Reaktivierung der Weiltalbahn	500
15.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen der Gründung einer Initiative „Made in Limburg-Weilburg“	501
16.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen Widersprüchen aufgrund der Veranlagung zu Müllgebühren im Jahr 2002 und später	502
17.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen dem „Steckbrief“ der ARGE Limburg-Weilburg; hier: Änderung der Wortwahl	503
18.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen den Krankenhäusern und Kliniken des Landkreises Limburg-Weilburg; hier: „In Würde sterben“	504
19.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen der Einberufung einer Kreistagssitzung zum Thema „Kinderarmut im Kreisgebiet“	505
20.	„Aktion saubere Hände - Keine Chance den Krankenhausinfektionen“	
	a) Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE	506
	b) Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE	507
21.	Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion wegen der Prüfungen zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Limburg-Weilburg	508
22.	Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion wegen der Erweiterung des Parkplatzes der PPC-Schule in Limburg, Zeppelinstraße	509
23.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen Stellenbeschreibungen für die Schulsekretärinnen des Kreises	510
24.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen einem Armutsbericht/Lebenslagenbericht im Landkreis Limburg-Weilburg	511
25.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen einem persönlichen Budget für Menschen mit Behinderungen	512
26.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen dem Sachstand der Planungen zum Ausbau der B49 im Abschnitt Beselich-Heckholzhausen	513

Aufgrund des § 36 Abs. 6 der Geschäftsordnung vom 24. März 1994 wird der Ablauf der Kreistagssitzung auf Tonband aufgenommen. Der Tonträger wird von dem vorsitzenden Mitglied des Kreistages im Büro der Obersten Kreisorgane aufbewahrt und kann auf Antrag von jedem Mitglied des Kreistages und des Kreisausschusses bis fünf Tage vor der darauf folgenden Kreistagssitzung - bei Einwendungen gegen die Niederschrift bis zur Unanfechtbarkeit der Entscheidung - abgehört werden.

-----

#### **487 Geschäftliches**

Der Kreistagsvorsitzende Robert Becker eröffnet die 20. Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg und stellt die fristgerechte Ladung, die Tagesordnung und die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend gratuliert er den Kreistagsabgeordneten Anne Schaus, Dr. Manfred Birko und Margit Erdmann sowie dem Kreisbeigeordneten Bernd Bausch nachträglich zu ihren Geburtstagen.

Im Namen des Kreistages gratuliert der Vorsitzende Robert Becker dem Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion, Herrn Dr. Frank Schmidt, zur Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Löhnberg anlässlich der Bürgermeister-Direktwahl am 23.11.2008.

Dr. Thorsten Eidenmüller hat mitgeteilt, dass er sein Mandat als Kreistagsabgeordneter niederlegt. Als Nachfolger ist nun Herr Johannes Hanisch aus Weilburg-Kubach in den Kreistag nachgerückt.

Die Niederschrift über die Kreistagssitzung vom 07.11.2008 wurde den Kreistagsabgeordneten am 03.12.2008 übersandt. Zu dieser Niederschrift führt der Vorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE, Herr Reimund Benack, aus, dass die Lahn keine Nebenflüsse habe (Beschlussnummer 471 der Kreistagssitzung vom 07.11.2008 – Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen der Verbesserung der Gewässerstrukturgüte an den Nebenflüssen der Lahn im Kreis).

Da es sonst keine weiteren Einwendungen gegen die Niederschrift der Kreistagssitzung vom 07.11.2008 gibt, wird die Niederschrift über die Kreistagssitzung vom 07.11.2008 einschließlich des o. g. Hinweises des Kreistagsabgeordneten Benack genehmigt.

Die nächste Sitzung des Kreistages findet am Freitag, dem 16. Januar 2009, um 16.00 Uhr, in Dauborn statt.

Für den Ablauf der heutigen Kreistagssitzung macht der Ältestenrat dem Kreistag folgende Verfahrensvorschläge:

Für die Aufstellung der Vorschlagsliste der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter gemäß § 28 der Verwaltungsgerichtsordnung gibt es einen gemeinsamen Wahlvorschlag, so dass über die Gesamtliste beschlossen werden kann. Für die Aufnahme in die Liste ist die Zustimmung von 2/3 der anwesenden Mitglieder des Kreistages erforderlich.

Die für heute vorgesehene Einbringung des Wirtschaftsplans 2009 für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ebenso wird der für die heutige Kreistagsitzung vorgelegte Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen dem „Steckbrief“ der ARGE Limburg-Weilburg abgesetzt, da sich dieser Antrag gemäß einer Übereinkunft zwischen Landrat Michel und Frau Petersen von der Agentur für Arbeit inhaltlich erledigt hat. Der sog. „Steckbrief“ wird nun als „Kurzportrait“ herausgegeben.

Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen der Einberufung einer Kreistagsitzung zum Thema „Kinderarmut im Kreisgebiet“ soll so abgeändert werden, dass der Kreistag den Jugendhilfeausschuss bittet, mit den im Jugendhilfeausschuss vertretenen Institutionen dieses Thema zu beraten und anschließend dem Kreistag hierüber zu berichten.

Die nachfolgenden Anfragen werden von den jeweils zuständigen Dezernenten beantwortet.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über die o. g. Verfahrensvorschläge des Ältestenrates zum Ablauf der heutigen Sitzung abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig**

-----

#### **488 Berichte und Mitteilungen des Kreisausschusses**

##### **Qualitätsmanagement bei der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft (LNG) im Bereich der Schülerbeförderung**

Landrat Manfred Michel teilt dem Kreistag mit, dass innerhalb der LNG beabsichtigt ist, ein Programm zur permanenten Pünktlichkeitserfassung der eingesetzten Fahrzeuge zu implementieren. Ein solches System wurde bereits mit großem Erfolg im Lahn-Dill-Kreis und im Vogelsbergkreis installiert. Mit dieser Erfassung soll in den ersten 3 Monaten des Jahres 2009 begonnen werden. Damit soll die Qualität der Schülerbeförderung erheblich verbessert werden, da mit diesem Programm die Pünktlichkeit der eingesetzten Fahrzeuge nachgewiesen werden kann.

Anschließend geht Landrat Manfred Michel näher auf die derzeitige Situation im Bereich der Schülerbeförderung an der Christian-Spielmann-Schule in Weilburg, der Johann-Christian-Senkenberg-Schule in Runkel und Villmar sowie der Albert-Wagner-Schule in Merenberg ein.

##### **Landesstraßenbauprogramm 2009**

Landrat Manfred Michel teilt dem Kreistag mit, dass aufgrund des vorgelegten Programms im Jahr 2009 Maßnahmen im Landkreis Limburg-Weilburg im Umfang von 18,33 Millionen Euro umgesetzt werden sollen.

Die Maßnahme „Westumgehung Merenberg“ ist als Nachrücker in die Liste des Straßenbauprogramms aufgenommen worden.

##### **Steuerfreie Fahrtkostenpauschale für politische Mandatsträger**

Landrat Manfred Michel teilt dem Kreistag eine Entscheidung des Bundesfinanzhofes vom 08.10.2008 mit, wonach eine gewährte Fahrtkostenpauschale für politische Mandatsträger steuerfrei ist.

### **Kinderbetreuung im Landkreis Limburg-Weilburg**

Landrat Manfred Michel teilt dem Kreistag mit, dass zur Zeit 517 Betreuungsplätze für unter Dreijährige im Landkreis Limburg-Weilburg zur Verfügung stehen. Aus dem Bundesprogramm wurde hierfür im Jahr 2008 ein Betrag von 1,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 2009 ist ein Betrag von 1,7 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Damit können weitere 320 Plätze zur Betreuung von unter Dreijährigen errichtet werden. Das für das Jahr 2013 gesetzte Ziel, ein gesetzlicher Betreuungsanspruch für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr, wird aller Voraussicht nach vor 2013 erreicht werden.

Weiterhin berichtet Landrat Manfred Michel von Verhandlungen über die Errichtung einer Kinderkrippe im Bereich der Stadt Limburg, in der Betreuungsplätze auch in den frühen Morgenstunden sowie in den späten Abendstunden zur Verfügung gestellt werden können. Die Einrichtung einer solchen Krippe entspreche einer Initiative des „Bündnisses für Familien“.

Der Vorsitzende der FWG-Kreistagsfraktion, Herr Albrecht Fritz, regt an, dass den Vorsitzenden der im Kreistag vertretenen Fraktionen eine Übersicht ausgehändigt wird, aus der hervorgeht, in welchen Kommunen bisher Betreuungsplätze für unter Dreijährige zur Verfügung gestellt wurden. Weiterhin sollte aus dieser Aufstellung hervorgehen, in welchen Kommunen die genannten 320 zusätzlichen Betreuungsplätze entstehen werden.

### **Verbesserung der pädiatrischen Versorgung im St. Vincenz-Krankenhaus in Limburg**

Landrat Manfred Michel teilt dem Kreistag mit, dass im St. Vincenz-Krankenhaus in Limburg eine Verfahrensweisung zur Verbesserung der pädiatrischen Versorgung umgesetzt wurde. Diese Anweisung beinhaltet einen telefonischen Hintergrunddienst in der zentralen Notaufnahme dergestalt, dass der diensthabende Arzt in Fragen der medizinischen Beurteilung von pädiatrischen Notfällen immer einen Pädiater telefonisch zu Rate ziehen kann. Dadurch soll verhindert werden, dass die Fälle, die in der Belegabteilung vom St. Vincenz-Krankenhaus behandelt werden können, unnötigerweise in die umliegenden Kinderkliniken in Wiesbaden und Siegen geschickt werden. Für Eltern und Kinder bietet diese Verfahrensweisung einen zusätzlichen Service, da sie nur noch in dem Fall, wo eine Behandlung im St. Vincenz-Krankenhaus nicht möglich ist, dann im übrigen auch mit einem qualifizierten Transport, in die umliegenden Kinderkliniken geschickt werden.

Weiterhin will das St. Vincenz-Krankenhaus mit den Kinderärzten einen Rufdienst für die geburtshilflichen Notfälle vereinbaren, so dass auch hier die Heranziehung eines Pädiaters im Notfall - unter dann abgeschlossener vertraglicher Grundlage - zwingend ist. Die Verträge liegen zur Zeit den Pädiatern vor und sollen bis zum Jahresende beraten werden.

### **Sozialberichterstattung**

Landrat Manfred Michel teilt dem Kreistag mit, dass im Hessischen Landtag ein Gesetzentwurf wegen der Sozialberichterstattung eingebracht wurde. Mit diesem Sozialbericht sollen die Ursachen für Armut auf Landesebene analysiert und Lösungsmöglichkeiten gefunden werden. Der Bericht soll in regelmäßigen Zeitabständen fortgeschrieben werden. Für diesen Sozialbericht ist zunächst ein Kostenvolumen von 150.000,00 Euro seitens des Landes Hessen veranschlagt. Da dieser Betrag wahrscheinlich bei weitem nicht ausreichen wird, stellt sich die Frage, in wie weit die Kommunen zur Mitfinanzierung herangezogen werden.

**Mittagessen an den Schulen im Landkreis Limburg-Weilburg;  
hier: Zuschüsse aus der Karl-Kübel-Stiftung**

Landrat Manfred Michel teilt dem Kreistag mit, dass alle Schulen des Kreises mit Schreiben vom 12.11.2008 noch einmal auf die Möglichkeit hingewiesen wurden, dass Kinder aus bedürftigen Familien von der Karl-Kübel-Stiftung einen Betrag von 2,00 Euro pro Mittagessen erhalten können.

**Islamisches Opferfest**

Erster Kreisbeigeordneter Helmut Jung teilt dem Kreistag mit, dass im Landkreis Limburg-Weilburg kein Antrag auf Genehmigung für ein betäubungsloses Schlachten der Opfertiere („Schächten“) im Rahmen des islamischen Opferfestes gestellt wurde.

**Rettungsdienst im Landkreis Limburg-Weilburg**

Erster Kreisbeigeordneter Helmut Jung teilt dem Kreistag mit, dass der Erreichungsgrad der 10minütigen Hilfsfrist von 80% auf 90% verbessert wurde. Dies sei nur durch das große Engagement der in diesem Bereich tätigen Einsatzkräfte erreicht worden.

-----

**489 Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter;  
hier: Aufstellung der Vorschlagsliste gemäß § 28 der Verwaltungsgerichtsordnung**

Wegen der Aufstellung der Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter lässt der Kreistagsvorsitzende Robert Becker über die folgende Vorschlagsliste abstimmen:

**Auf Vorschlag der CDU-Fraktion:**

1. Heil, Hans-Jürgen, geb. am 23.06.1943 in Darmstadt, Bürgermeister a.D.  
Falkenbacher Straße 7, 65594 Runkel
2. Kretschmer, Jürgen, geb. am 29.09.1937 in Bad Sachsa, Kaufmann  
Konrad-Kurzbald-Straße 6A, 65549 Limburg
3. Böcher, Manuel, geb. am 12.10.1979 in Limburg/L., Wirtschaftsjurist  
Gartenstraße 5, 65618 Selters
4. Schuber, Ernst, geb. 12.07.48 in Bad Camberg-Würges, Masch.Bau Ing.  
Riesengebirgsstraße 32, 65520 Bad Camberg
5. Lugert, Franz, geb. 13.10.56 in Weilburg, Angestellter  
Seeweg 6, 35799 Merenberg
6. Niedermaier, Doris, geb. 14.07.50 in Bad Camberg-Obers., Hausfrau  
Sachsenring 9, 65520 Bad Camberg
7. Leinz, Lothar, geb. 17.08.42 in Frankfurt/M., Beamter/Pensionär  
Kapellenstraße 6, 65589 Hadamar
8. Buschmann, Christa, geb. 13.10.48 in Hadamar-Niederzeuzheim, Hausfrau  
Hellersbergweg 3, 65599 Dornburg
9. Plahl, Dorith, geb. 27.07.41 in Nebes (Mähren), Hausfrau  
Kirchweg 10, 35781 Weilburg
10. Feige, Winfried, geb. 30.04.53 in Siegen, Betriebswirt  
In der Erbach 2, 65549 Limburg
11. Mais, Bernd-Heinrich, geb. 16.05.43 in Limburg/L., Geschäftsführer  
Heinestraße 6, 65549 Limburg
12. Köster, Werner, geb. 14.11.41 in Bamberg, Bilanzbuchhalter  
Im Feldchen 7, 65606 Villmar

13. Riedl, Otto, geb. 30.03.37 in Langlammitz, Feinoptiker  
Backstania 5, 35792 Löhnberg
14. Schlobach, Hansjürgen, geb. 03.12.37 in Essen, Kaufm. Angest.  
Sachsenring 5, 65520 Bad Camberg
15. Herkert, Franz-Josef, geb. 22.08.41 in Limburg/L., Gewerksch. Sekretär  
Blumenröder Straße 3, 65549 Limburg
16. Beck, Hannelore, geb. 20.06.36 in Waldbrunn, Hausfrau  
Tanusstraße 16, 65553 Limburg

**Auf Vorschlag der SPD-Fraktion:**

17. Schaus, Heinz, geb. 15.05.45 in Camberg, Betriebsrat-Vorsitzender  
Sachsenring 29, 65520 Bad Camberg
18. Hofmann, Erich, geb. 10.10.33 in Ohren, Rentner  
Mühlstraße 44, 65597 Hünfelden-Dauborn
19. Reifenberg, Adam, geb. 07.11.47 in Lindenholzhausen, Pensionär  
Jahnstraße 12, 65611 Brechen
20. Körfer, Helmut, geb. 07.12.41 in Rheydt, Rentner  
Tanusstraße 21, 65618 Selters-Niederselters
21. Hainz, Armin, geb. 10.10.40 in Elkerhausen, Rentner  
Zum Berg 10, 35796 Weinbach-Elkerhausen
22. Weimer, Hans-Georg, geb. 02.06.50 in Niedertiefenbach, Ausbildungsleiter  
Zur Aussicht 39, 65614 Beselich-Niedertiefenbach
23. Winter, Karl-Heinz, geb. 10.06.36 in Gießen, Rentner  
Am Berg 27, 65618 Selters-Münster
24. Heß, Günter, geb. 01.10.39 in Probbach, Rentner  
Ginsterhand 18, 35794 Mengerkirchen-Probbach
25. Würz, Dieter, geb. 28.12.38, Pensionär  
Bachstraße 3, 35792 Löhnberg-Niedershausen
26. Abt, Gregor, geb. 04.06.44 in Camberg, Techn. Angestellter  
Jahnstraße 5, 65618 Selters-Eisenbach
27. Kaufhold-Hausotter, Joachim, geb. 22.03.1956 in Burg, Fahrlehrer  
An der Zehnbach 2, 35789 Weilmünster

**Auf Vorschlag der FWG-Fraktion:**

28. Groh, Karl-Heinz, geb. 04.06.44 in Mensfelden, Pensionär  
Schwerzstraße 14, 65597 Hünfelden-Mensfelden
29. Rösner Hannappel, Birgit, geb. 08.02.40 in Konstanz, Altenpflegerin  
Oraniensteiner Weg 8, 65549 Limburg

**Auf Vorschlag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:**

30. Lippe, Jutta, geb. Fuhr, geb. 20.02.54 in Hofheim/Ts., Verlegerin  
Westerwaldstraße 7, 65553 Limburg-Dietkirchen
31. Wright, Alexander, geb. 18.03.1987 in Frankfurt/Main, Student  
Am Bornberg 12, 35792 Löhnberg

**Auf Vorschlag der FDP-Fraktion:**

32. Bruchmeier, Antje, geb. 01.12.61, Erzieherin  
Auf dem Kies 25, 65614 Beselich-Obertiefenbach



**Auf Vorschlag der Fraktion Die Linke:**

33. Mäder, Kornelia, geb. Tulke, geb. 06.08.1961 in Querfurt, Verkäuferin  
Mittelstraße 15, 65594 Runkel

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

-----

**490 Vorlage des Entwurfs des Wirtschaftsplans 2009 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg**

Die für die heutige Kreistagssitzung vorgesehene Vorlage des Entwurfs des Wirtschaftsplans 2009 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg wurde von der Tagesordnung der heutigen Kreistagssitzung abgesetzt.

-----

**491 Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Limburg-Weilburg**

Der Beteiligungsbericht 2008, Stand 2007, wurde in der Sitzung am 07.11.2008 in den Kreistag eingebracht. Der Kreistag hat daraufhin beschlossen, den vorgelegten Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Limburg-Weilburg zur weiteren Beratung in den Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss zu verweisen.

Für den Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss berichtet nun dessen Vorsitzender, Herr Dr. Frank Schmidt. Aufgrund der Ausführungen des Ausschussvorsitzenden nimmt der Kreistag den vorgelegten Beteiligungsbericht 2008, Stand 2007, des Landkreises Limburg-Weilburg zur Kenntnis.

-----

**492 Beschlussfassung über den Entwurf des Nachtragswirtschaftsplans 2008 für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg**

Der Entwurf des Nachtragswirtschaftsplans 2008 für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg wurde in der Sitzung am 07.11.2008 in den Kreistag eingebracht. Der Kreistag hat daraufhin beschlossen, diesen Entwurf zur weiteren Beratung in den Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss zu verweisen.

Für den Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss berichtet nun dessen Vorsitzender, Herr Dr. Frank Schmidt.

Der Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Entwurf des Nachtragswirtschaftsplans 2008 für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg in der vorgelegten Fassung zu beschließen.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über die o. g. Beschlussempfehlung des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 65 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung**

#### **493 Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2007 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg**

Für den Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss berichtet zunächst dessen Vorsitzender, Herr Dr. Frank Schmidt.

Der Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Kreistag, wie folgt zu beschließen:

1. Der Jahresabschluss 2007 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg wird mit einer Bilanzsumme von 35.644.555,40 Euro festgestellt.
2. Der Jahresgewinn in Höhe von 711.965,85 Euro wird der vorhandenen Gebührenausschlagsrücklage zugeführt.
3. Der Betriebsleitung des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg wird Entlastung erteilt.

Für die FWG-Kreistagsfraktion erklärt deren Vorsitzender, Herr Albrecht Fritz, dass seine Fraktion Initiator und Mitbegleiter der Normenkontrollverfahren wegen der Abfall- und Gebührensatzungen des Kreises gewesen sei. Da das hiermit in Zusammenhang stehende Mediationsverfahren noch nicht abgeschlossen sei, werde sich die FWG-Kreistagsfraktion bei der Beschlussfassung über die Punkte „Jahresabschluss 2007 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg“, „Nachtragswirtschaftsplan 2008 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg“ und „Wirtschaftsplan 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg“ enthalten.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun wegen dem Jahresabschluss 2007 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg über die o. g. Beschlussempfehlung des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 60 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 5 Enthaltungen**

-----

#### **494 Beschlussfassung über den Entwurf des Nachtragswirtschaftsplans 2008 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg**

#### **495 Beschlussfassung über den Entwurf des Wirtschaftsplans 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg**

Die o. g. Punkte werden zusammen aufgerufen und beraten.

Wegen der Beschlussfassung über den Entwurf des Nachtragswirtschaftsplans 2008 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg berichtet zunächst der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses, Herr Dr. Frank Schmidt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Entwurf des Nachtragswirtschaftsplans 2008 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg in der vorgelegten Form zu beschließen.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über die o. g. Beschlussempfehlung des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 59 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen**

Wegen dem Entwurf des Wirtschaftsplans 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg berichtet ebenfalls zunächst der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses, Herr Dr. Frank Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Wirtschaftsplan 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg in der vorgelegten Form zu beschließen.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über die o. g. Beschlussempfehlung des Haupt-, Finanz und Verwaltungsausschusses abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 54 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 11 Enthaltungen**

-----

**496 Beschlussfassung über den Entwurf der Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg (Abfall- und Gebührensatzung)**

Für den Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss berichtet dessen Vorsitzender, Herr Dr. Frank Schmidt.

Der Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Entwurf der Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg (Abfall- und Gebührensatzung) in der vorgelegten Form zu beschließen.

Für die Kreistagsfraktion DIE LINKE äußert sich der Abgeordnete, Herr Bernd Steioff. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE sei damit einverstanden, dass die Müllgebühren mit der nun vorgelegten Abfall- und Gebührensatzung reduziert werden. Es sei aber ungerecht, dass nur diejenigen Gebührenzahler, die Widerspruch gegen die Müllgebührenbescheide eingelegt hätten, eine rückwirkende Gebührenerstattung erhielten.

Es äußert sich nun der Kreistagsabgeordnete Gerhard Würz (FWG). Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Pendlerpauschale sei rechtlich mit der Annahme des Vergleichsvorschlages im Rahmen des Mediationsverfahrens wegen den Normenkontrollverfahren zu den Abfall- und Gebührensatzungen des Landkreises Limburg-Weilburg nicht zu vergleichen.

Für die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen äußert sich der Abgeordnete, Herr Jürgen Dumeier. Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen werde sich bei der Abstimmung über die vorgelegte Abfall- und Gebührensatzung enthalten. Die vorgesehene Gebührenerkung sei zwar sinnvoll und ergebe sich aus dem vorgelegten Wirtschaftsplan. Da jedoch die Grundstruktur der Abfall- und Gebührensatzung nicht geändert werde und an dem bisherigen Müllgefäßsystem, welches unflexibel und starr sei, festgehalten werde, werde sich die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen enthalten.

Für die SPD-Kreistagsfraktion äußert sich deren Vorsitzender, Herr Dr. Frank Schmidt. Die nun vorgesehene Reduzierung der Müllgebühren sei vor allem auf die günstige Ausschreibung der Müllentsorgung zurück zu führen. Hierbei handele es sich um dauerhafte Einsparungen. Nach Ansicht der SPD-Kreistagsfraktion seien volumenabhängige Varianten bei der Müllentsorgung selten familienfreundlich.

Für die FWG-Kreistagsfraktion äußert sich deren Vorsitzender, Herr Albrecht Fritz. Bei der Verbesserung der Finanzsituation des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg seien auch die Mehreinnahmen bei den Erlösen aus Altpapier zu berücksichtigen. Es müsse jedoch die Frage gestellt werden, ob bei zurückgehenden Abfallmengen die Infrastruktur auf der Kreisabfalldeponie in der jetzigen Form auch zukünftig Bestand habe.

Landrat Michel und der Erste Kreisbeigeordnete Jung hätten zugesagt, dass die Auswirkungen des Mediationsverfahrens nach dessen Bestandskraft in einem dann vorzulegenden Nachtragswirtschaftsplan berücksichtigt würden.

Für die Kreistagsfraktion DIE LINKE äußert sich deren Vorsitzender, Herr Reimund Benack. In Anbetracht der abzusehenden gerichtlichen Auseinandersetzungen hätte der Abfallwirtschaftsbetrieb lediglich vorläufige Müllgebührenbescheide erlassen können. Dies sei jedoch nicht geschehen.

Für die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen äußert sich der Abgeordnete, Herr Jürgen Dumeier. Bei der Mehrzahl der Einpersonenhaushalte handele es sich um allein stehende Frauen im Rentenalter und nicht um gut verdienende junge Single-Haushalte.

Für den Kreisausschuss äußert sich der Erste Kreisbeigeordnete Helmut Jung. Ein Vergleich der Müllgebühren in den letzten 20 Jahren habe ergeben, dass der Landkreis Limburg-Weilburg bei den Müllgebühren stets im unteren Drittel gelegen habe. Auf der Deponie hätten in den letzten Jahren erhebliche Optimierungsmaßnahmen statt gefunden. Der weitaus überwiegende Teil des Mediationsvorschlages komme allen Müllgebührenzählern zu Gute. Diese Entlastung der Gebührenzahler gehe jedoch zu Lasten des Kreishaushaltes.

Für die Kreistagsfraktion DIE LINKE äußert sich noch einmal deren Vorsitzender, Herr Reimund Benack. Für die Kreistagsfraktion DIE LINKE weist Herr Benack den Vorwurf, seine Fraktion verhalte sich populistisch, zurück.

Auf Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses beschließt der Kreistag die dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügte Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg (Abfall- und Gebührensatzung).

**Abstimmungsergebnis: 60 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen**

-----

#### **497 Konzept zur Verlagerung von Güterverkehr auf das bestehende Schienennetz im Kreis**

Für den Ausschuss für Raumordnung, Wirtschaft und Verkehr berichtet dessen Vorsitzender, Herr Christian Radkovsky. Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, wie folgt zu beschließen:

„ Der Kreisausschuss wird aufgefordert, zusammen mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg Diez mbH und der Industrie- und Handelskammer (IHK) ein Konzept zu erstellen, bei dem das Potential für Güterverkehr, der auf das bestehende Schienennetz im Kreis verlagert werden kann, ermittelt wird.“

Für die CDU-Kreistagsfraktion äußert sich der Abgeordnete, Herr Peter Trottmann. Aus Sicht seiner Fraktion weist er darauf hin, dass die Bahn angesichts der ungünstigen Konjunkturprognosen mit einem Rückgang des Güterverkehrs auf der Schiene rechne.

Für die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen äußert sich der Abgeordnete, Herr Jürgen Dumeier. Die sich abzeichnenden Konjunkturprobleme seien auch seiner Fraktion bekannt. Dennoch sollte ein Ergebnis, welches noch nicht bekannt sei, nicht schon vorher negativ bewertet werden.

Für die Kreistagsfraktion DIE LINKE äußert sich deren Vorsitzender, Herr Reimund Benack. Die Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene sei ein Zukunftsthema. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE sei von dem vorliegenden Antrag begeistert und werde zustimmen.

Auf Empfehlung des Ausschusses für Raumordnung, Wirtschaft und Verkehr lässt Kreistagsvorsitzender Robert Becker nun über folgenden Antrag abstimmen:

„ Der Kreisausschuss wird aufgefordert, zusammen mit der WFG und der IHK ein Konzept zu erstellen, bei dem das Potential für Güterverkehr, der auf das bestehende Schienennetz im Kreis verlagert werden kann, ermittelt wird.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

-----

#### **498 Geruchsbelästigungen durch die Kompostierungsanlage in Beselich-Heckholzhausen**

Folgender Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wurde in der Sitzung am 07.11.2008 zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umweltangelegenheiten und Energieversorgung verwiesen:

„ Der Kreistag wird gebeten, wie folgt zu beschließen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, beim Regierungspräsidium Gießen gegen die unerträglichen Geruchsbelästigungen der Kompostanlage in Beselich vorstellig zu werden. Gleichzeitig sind Vertreter des Regierungspräsidiums und der Firma Herhof in den Ausschuss für Umweltangelegenheiten und Energieversorgung zu laden, bei der sie ihr Konzept zum Abstellen der Immissionen der Kompostanlage erläutern sollen.“

Weiterhin wurde in der Kreistagssitzung am 07.11.2008 der folgende Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE ebenfalls zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umweltangelegenheiten und Energieversorgung verwiesen:

„ Der Kreistag wird gebeten, wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss und die Leitung des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg auf, angesichts der Proteste von Bürgern der Anliegergemeinden das Betriebskonzept der Kompostierungsanlage für Grünschnitt und Gartenabfälle in Beselich zu überprüfen und die Aufgabenstellung sowie die Betreiberbedingungen usw. neu festzulegen.“

Für den Ausschuss für Umweltangelegenheiten und Energieversorgung berichtet zunächst dessen Vorsitzender, Herr Rüdiger Brühl.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umweltangelegenheiten und Energieversorgung haben sich in einer Ausschusssitzung intensiv mit dem Thema „Geruchsbelästigung durch die Kompostierungsanlage in Beselich-Heckholzhausen“ beschäftigt. An dieser Ausschusssitzung hat auch der Betreiber der Kompostierungsanlage, Herr Hofmann von der Firma Herhof, teilgenommen. Weiterhin haben an dieser Sitzung der Bürgermeister der Gemeinde Beselich, Herr Rudersdorf, sowie Frau Fellner von Feldegg, Regierungspräsidium Gießen, teilgenommen.

Laut Betriebsgenehmigung ist für die Kompostierungsanlage ein Wert von 200 Geruchseinheiten (GE) zulässig. Messungen des beauftragten TÜV-Gutachters haben im Jahr 2008 einen Wert von 700 Geruchseinheiten pro Kubikmeter Luft ergeben. Der Betreiber erklärte, dass kürzlich ein Aktivkohlefilter hinter den Biofilter installiert wurde. Weiterhin werde die Nachrottehalle von zwei Seiten geschlossen. Dies verhindere, dass Gerüche bei ungünstiger Witterung nach Heckholzhausen gelangen. Durch die vorgenannten durchgeführten Optimierungen sei nach jüngsten Messungen die GE-Zahl auf nunmehr 43 gesunken. Als weitere Maßnahme werde der Schutzdamm erhöht. Her Hofmann wies in der Ausschusssitzung darauf hin, dass in den letzten Jahren die Menge der Fremdstoffe im abgelieferten Bioabfall aus dem Landkreis Limburg-Weilburg zugenommen habe. Die Verarbeitung des verunreinigten Bioabfalls sei sehr problematisch, wobei der Bioabfall aus den städtischen Bereichen einen höheren Verschmutzungsgrad aufweise als der Bioabfall aus den ländlichen Bereichen des Landkreises. Seitens der Aufsichtsbehörde wurden die von der Firma Herhof durchgeführten Maßnahmen begrüßt. Weiterhin wird auf Anregung der Aufsichtsbehörde zusätzlich ein Qualitätsprüfungs- und Überwachungsprogramm auf den Weg gebracht, um zu vermeiden, dass es im Sommer 2009 erneut zu Beschwerden der Bürger kommt. Im Rahmen dieses Überwachungsprogramms ergeht an die Bürger von Heckholzhausen die Bitte, sich an der Erstellung von sog. Geruchsprotokollen zu beteiligen, um eine eventuelle Geruchsbelästigung lückenlos dokumentieren zu können.

Der Ausschuss für Umweltangelegenheiten und Energieversorgung empfiehlt dem Kreistag, wegen der Geruchsbelästigungen durch die Kompostierungsanlage in Beselich-Heckholzhausen folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag wird über den Sachstand zum Thema „Geruchsbelästigung durch die Kompostierungsanlage in Beselich-Heckholzhausen“ informiert.
2. Über die Auswirkungen des Qualitätssicherungs- und Überwachungsprogramms sowie die noch zu treffenden Maßnahmen wird der Kreis (AWB) bis zum Sommer 2009 durch den Betreiber unterrichtet. Der AWB informiert den Ausschuss für Umweltangelegenheiten und Energieversorgung rechtzeitig.
3. Der AWB wird sich durch Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit dem Thema „Verbesserung des Bioabfalls“ widmen.

Für die Kreistagsfraktion DIE LINKE begründet deren Vorsitzender, Herr Reimund Benack, folgenden Antrag:  
„ Der Kreisausschuss und der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg werden beauftragt, zusammen mit den Städten und Gemeinden als Zulieferer der Kompostierungsanlage Beselich (Braune Tonne) Vorkehrungen und Maßnahmen zu erarbeiten, um den Anteil von Störstoffen (Plastik, Müll usw.), der nach Angaben der Betreiberfirma ein Anteil von ca. 25% der angelieferten Biomasse beträgt, drastisch zu reduzieren.“

Für die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen äußert sich der Abgeordnete, Herr Jürgen Dumeier. Aufgrund der sachlichen Beratung im zuständigen Ausschuss sei verlorenes Vertrauen teilweise wieder zurück gewonnen worden. Die Probleme könnten nicht ohne die Bürger in Heckholzhausen gelöst werden. Von daher sollten sich die betroffenen Bürger weiterhin aktiv bei der Lösung des Themas „Geruchsbelästigung durch die Kompostierungsanlage“ beteiligen.

Für die SPD-Kreistagsfraktion äußert sich der Abgeordnete, Herr Reinhold Ketter. Die SPD-Kreistagsfraktion schließe sich den o. g. Ausführungen des Ausschussvorsitzenden Rüdiger Brühl an. Weiterhin fordere die SPD-Kreistagsfraktion, dass bei Störfällen die umgehende Information der Bevölkerung und des Abfallwirtschaftsbetriebes erfolge. Der Betreiber der Kompostierungsanlage sollte in der Art und Weise mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb zusammenarbeiten, dass insbesondere die Messwerte der Kompostanlage dem AWB vorgelegt werden. Weiterhin solle der Betreiber der Kompostanlage die Anlagentechnik an die neuesten technischen Standards anpassen, damit die seitens der Aufsichtsbehörde festgesetzten Grenzwerte eingehalten und Belästigungen der Bevölkerung auf das unumgängliche Maß reduziert werden.

Für die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen äußert sich deren Vorsitzender, Herr Heinz-Jürgen Deuster. Er weist darauf hin, dass die Kreistagsabgeordneten von den Bürgern des Landkreises Limburg-Weilburg gewählt seien und von daher auch die Interessen der Bürger zu vertreten hätten.

Für die CDU-Kreistagsfraktion äußert sich der Abgeordnete, Herr Rüdiger Brühl. Er weist darauf hin, dass es beim Bioabfall sehr problematisch sei, den wahren Verschmutzungsgrad festzustellen. Die in der Vergangenheit geführten Gespräche hätten nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Erst durch die verschiedenen Aktionen von Heckholzhäuser Bürgern sei Bewegung in die Sache gekommen. Weiterhin gelte es, verloren gegangenes Vertrauen wieder zurück zu gewinnen.

Für die Kreistagsfraktion DIE LINKE äußert sich der Abgeordnete, Herr Bernd Steioff. Es sei verwunderlich, dass dieses Thema nicht schon früher von einer der im Kreistag vertretenden Fraktionen aufgegriffen worden sei. Von daher sei es richtig gewesen, dass die Bürger von Heckholzhausen durch verschiedene Aktionen auf die Geruchsbelästigungen durch die Kompostierungsanlage aufmerksam gemacht hätten. Es sei sehr fraglich, ob Geruchsbelästigungen durch zusätzliche Bepflanzungen reduziert werden könnten.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über folgenden Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE abstimmen:

„ Der Kreisausschuss und der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg werden beauftragt, zusammen mit den Städten und Gemeinden als Zulieferer der Kompostierungsanlage Beselich (Braune Tonne) Vorkehrungen und

Maßnahmen zu erarbeiten, um den Anteil von Störstoffen (Plastik, Müll usw.), der nach Angaben der Betreiberfirma einen Anteil von ca. 25% der angelieferten Biomasse beträgt, drastisch zu reduzieren.“

**Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 60 Nein-Stimmen**

Der o. g. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE ist somit abgelehnt.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über die o. g. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltangelegenheiten und Energieversorgung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

-----

**499 Winterhilfe und Weihnachtsgeld für Kinder verarmter Familien im Landkreis Limburg-Weilburg**

Der folgende Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wurde in der Sitzung am 07.11.2008 zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales, Familien, Frauen, Jugend, Gesundheit und Sport verwiesen:

„ Der Kreistag wird gebeten, wie folgt zu beschließen:

Aus Anlass der Notlage vieler Familien und deren Kinder auch im Landkreis Limburg-Weilburg wird der Kreisausschuss beauftragt, zur nächsten Kreistagssitzung beschlussfähige Vorschläge zu unterbreiten, wie im Zusammenwirken von Kreis, ARGE Limburg-Weilburg, Städten und Gemeinden für Kinder verarmter Familien eine Winter- und Weihnachtsbeihilfe zusätzlich zu den herkömmlichen Ansprüchen und ohne Anrechnung auf die durch die ARGE zu zahlende Grundsicherung bewilligt werden kann.“

Für den Ausschuss für Soziales, Familien, Frauen, Jugend, Gesundheit und Sport berichtet zunächst dessen Vorsitzender, Herr Lothar Leinz.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, den o. g. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen der Zahlung einer Winterhilfe und einem Weihnachtsgeld für Kinder verarmter Familien im Landkreis Limburg-Weilburg nicht zu beschließen.

Für die CDU-Kreistagsfraktion äußert sich der Abgeordnete, Herr Manfred Gotthard. Für die Zahlung einer Winterhilfe und eines Weihnachtsgeldes für Kinder verarmter Familien im Landkreis Limburg-Weilburg gebe es keine Rechtsgrundlage. Ein solcher Zuschuss könnte nur als freiwillige Leistung des Kreises gezahlt werden. Gemäß Verfügung des Regierungspräsidiums in Gießen seien die freiwilligen Leistungen jedoch auf dem jetzigen Niveau gedeckelt.

Für die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen äußert sich die Abgeordnete, Frau Renate Michel. Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen werden den o. g. Antrag wegen Winterhilfe und Weihnachtsgeld für Kinder verarmter Familien im Landkreis Limburg-Weilburg ablehnen. Der Antrag sei nicht konkret genug und darüber hinaus auch polemisch. Um konkrete Maßnahmen zu ergreifen, sei eine Sozialberichterstattung für den Landkreis Limburg-Weilburg notwendiger denn je.



Für die Kreistagsfraktion DIE LINKE äußert sich der Abgeordnete, Herr Bernd Steioff. Bei dem o. g. Antrag wegen Winterhilfe und Weihnachtsgeld für Kinder verarmter Familien im Landkreis Limburg-Weilburg gehe es vor allem darum, dass Menschen, die sich in einer Notlage befinden, geholfen wird. Deutschland gehöre nach wie vor zu den reichsten Ländern der Erde.

Für die SPD-Kreistagsfraktion äußert sich der Abgeordnete, Herr Oliver Jung. Da für die Zahlung einer Winterhilfe und eines Weihnachtsgeldes für Kinder verarmter Familien im Landkreis Limburg-Weilburg keine Rechtsgrundlage bestehe, handele es sich somit um eine freiwillige Leistung des Kreises, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde unterliege. Aufgrund der Gesetzeslage sei es nun einmal so, dass die Zahlung einer solchen Leistung auf die Grundsicherung angerechnet werde.

Für die FWG-Kreistagsfraktion äußert sich deren Vorsitzender, Herr Albrecht Fritz. Es sei wenig hilfreich, mit unabgestimmten Einzelmaßnahmen zu versuchen, die Situation von Kindern in verarmten Familien zu verbessern. Aufgrund des neusten Unicef-Berichtes über die Situation von Kindern in Industrieländern sei es notwendiger denn je, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes die ökonomische Situation und die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zu verbessern.

Für die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen äußert sich deren Vorsitzender, Herr Heinz-Jürgen Deuster. Eine Lösung des genannten Problems auf Kreisebene sei rechtlich schwierig. Es sei von übergeordneter Bedeutung, sich dem Thema Kinderarmut anzunähern, aber nicht in dieser Form, da der o. g. Antrag nicht den Kern der Sache treffe.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über folgenden Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE abstimmen:

„Der Kreistag wird gebeten zu beschließen:

Der o. g. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE „Winterhilfe und Weihnachtsgeld für Kinder armer Familien im Landkreis Limburg-Weilburg“ wird zur Beratung in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.“

#### **Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 64 Nein-Stimmen**

Der o. g. Antrag ist somit abgelehnt.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über die o. g. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Familien, Frauen, Jugend, Gesundheit und Sport abstimmen, wonach der in der Kreistagssitzung am 07.11.2008 vorgelegte Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen Winterhilfe und Weihnachtsgeld für Kinder verarmter Familien im Landkreis Limburg-Weilburg abgelehnt werden soll.

#### **Abstimmungsergebnis: 64 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen**

Der in der Kreistagssitzung am 07.11.2008 vorgelegte Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen einer Winterhilfe und einem Weihnachtsgeld für Kinder verarmter Familien im Landkreis Limburg-Weilburg ist somit abgelehnt.

**500 Entwicklung von Projekten und Maßnahmen zur infrastrukturellen Anbindung des östlichen Kreisgebietes in Richtung Rhein-Main;  
hier: Reaktivierung der Weiltalbahn**

Für den Ausschuss Raumordnung, Wirtschaft und Verkehr berichtet zunächst dessen Vorsitzender, Herr Christian Radkovsky.

Wegen der Reaktivierung der Weiltalbahn empfiehlt der Ausschuss dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Eine Reaktivierung des Schienenstrangs der Weiltalbahn zwischen Grävenwiesbach und Weilmünster stellt sich nach ausführlicher Betrachtung von Kosten und Nutzen unter Berücksichtigung des aktuellen Planungshorizonts als nicht effizient dar. Die Finanzierung dieses Projektes durch den Landkreis Limburg-Weilburg wird deshalb unter Berücksichtigung der aktuellen Kostenschätzung zur Zeit abgelehnt. Sollte der Gemeinde Weilmünster die Finanzierung mit eigenen Mitteln oder den Mitteln Dritter gelingen, könnte der Kreis jedoch ein solches Projekt immateriell unterstützen.
2. Im Sinne von 7.1.2-15 des aktuellen mittelhessischen Regionalplans (Entwurf, Stand 2006) ist der Trassenverlauf der gesamten Strecke der Weiltalbahn planerisch unbedingt zu sichern. Von den Trägern raumordnerischer Verfahren, im Besonderen von der kommunalen Bauleitplanung, ist ein Rückbau oder eine Bebauung der Strecke in jedem Fall zu vermeiden.
3. Eine bessere Anbindung der südlichen Oberlahnregion an das Rhein-Main-Gebiet ist für den Landkreis Limburg-Weilburg eine wichtige Zielsetzung. Anstelle einer Reaktivierung der Weiltalbahn eignen sich folgende Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen:
  - Expressbusse
  - Park&Ride-Anlagen
  - Kommunale Bussysteme
  - Kommunales Mobilitätsmanagement

Der Kreisausschuss wird gebeten, den betroffenen Gemeinden die oben genannten Handlungsalternativen mit dem Ziel einer gemeinsamen Umsetzung durch Landkreis, LNG und Kommunen vorzuschlagen.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über die o. g. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Raumordnung, Wirtschaft und Verkehr wegen der Reaktivierung der Weiltalbahn abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

-----

**501 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen der Gründung einer Initiative „Made in Limburg-Weilburg“**

Für die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen begründet der Abgeordnete, Herr Alexander Wright, folgenden Antrag:

„ Der Kreistag wird gebeten, wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag beauftragt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg-Diez mbH mit der Planung und Durchführung der Initiative „Made in Limburg-Weilburg“. Die Initiative soll ähnlich nach dem Vorreitermodell aus dem Kreis Main-Kinzig aufgebaut werden. Das Ziel der Initiative ist die bessere Möglichkeit der Vernetzung der Unternehmen, die im Kreis Limburg-Weilburg angesiedelt sind und die Forcierung des Kreises als Wirtschaftsstandort.“

Der Kreistag beschließt, den o. g. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen der Gründung einer Initiative „Made in Limburg-Weilburg“ zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Raumordnung, Wirtschaft und Verkehr zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

-----

**502 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen Widersprüchen aufgrund der Veranlagung zu Müllgebühren im Jahr 2002 und später**

Für die Kreistagsfraktion DIE LINKE begründet deren Vorsitzender, Herr Reimund Benack, folgenden Antrag:

„ Der Kreistag wird gebeten, wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, den Vorwurf lückenlos aufzuklären, dass z.B. das Schreiben des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg vom 27.07.2002 an die Widerspruchsführer, in dem auf die Aussichtslosigkeit des Widerspruchs und dessen Kostenpflichtigkeit hingewiesen wurde, u. a. dazu geführt hat, dass Widersprüche gegen die überhöhten Müllgebührenbescheide zurückgezogen oder erst gar nicht mehr gestellt wurden, was zu Nachteilen für die Betroffenen führte.

Der Kreisausschuss soll über das Ergebnis der Untersuchungen und die personellen Verantwortlichkeiten hierfür dem Kreistag berichten und Vorschläge unterbreiten, wie er gedenkt, den berechtigten Ansprüchen aller durch überhöhte Müllgebührenbescheide benachteiligten Bürgern gerecht zu werden.“

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über den o. g. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen der Widersprüche aufgrund der Veranlagung zu Müllgebühren im Jahr 2002 und später abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 61 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen**

Der o. g. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE ist somit abgelehnt.

-----

**503 Antrag der Kreistagsfraktion DIE Linke wegen dem „Steckbrief“ der ARGE Limburg-Weilburg;  
hier: Änderung der Wortwahl**

Da sich der für die heutige Kreistagssitzung vorgelegte Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen der Änderung der Wortwahl des „Steckbriefes“ der ARGE Limburg-Weilburg inhaltlich erledigt hat, wurde dieser Antrag von der Tagesordnung der heutigen Kreistagssitzung abgesetzt.

-----

**504 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen den Krankenhäusern und Kliniken des Landkreises Limburg-Weilburg;  
hier: “In Würde sterben“**

Für die heutige Kreistagssitzung hat die Kreistagsfraktion DIE LINKE folgenden Antrag gestellt:

„Der Kreistag wird gebeten, wie folgt zu beschließen:

Landrat Manfred Michel wird gebeten, in einem Bericht/Zwischenbericht über das Ergebnis der Prüfung und über zwischenzeitlich erfolgte Maßnahmen im Sinne des Antrags des Kreistagsabgeordneten Reimund Benack (DIE LINKE) aus der Kreistagssitzung vom 17.06.2008 (TOP 15, Protokollnummer 414) wegen Abschiedszimmern in Krankenhäusern und Kliniken im Kreisgebiet zu berichten.“

Landrat Manfred Michel berichtet hierzu in Umsetzung des o. g. Antrages wie folgt:

Gemäß Auskunft vom Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Heimaufsicht, sind in den Pflegeheimen keine besonderen Abschiedszimmer vorhanden. Die bisherigen Pflegezimmer in der Unterkunft dienen in der Regel zur Nutzung für den genannten Zweck. Im Falle der Doppelbelegung von Pflegezimmern ist es je nach persönlicher Beziehung teilweise nicht unüblich, dass der Mitbewohner im Zimmer verbleiben möchte.

In Krankenhäusern und Kliniken würden oftmals leerstehende Zimmer zum genannten Zweck genutzt. Eine offizielle Ausweisung solcher Zimmer sei wegen der gegebenen Problematik aus Sicht des Regierungspräsidiums nicht sinnvoll.

**Situation im Landkreis Limburg-Weilburg:**

**St. Vincenz-Krankenhaus Limburg:**

Die Patienten verbleiben in gewohnter Umgebung im Zimmer. Ein gesondertes Zimmer steht dann zur Verfügung, wenn die Verstorbenen auf Wunsch der Angehörigen aufgebahrt werden sollen.

**Kreiskrankenhaus Hessenklinik Weilburg:**

Im Bedarfsfall stehen 2 Einzelzimmer als Abschiedszimmer zur Verfügung. Darüber hinaus ist ein würdevoll gestalteter Aufbahrungsraum vorhanden, in dem die Angehörigen Abschied nehmen können.

-----

**505 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen der Einberufung einer Kreistagssitzung zum Thema „Kinderarmut im Kreisgebiet“**

Für die Kreistagsfraktion DIE LINKE begründet deren Vorsitzender, Herr Reimund Benack, folgenden Antrag:

„Der Kreistag wird gebeten, wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag bittet den Vorsitzenden des Kreistages Robert Becker in Abstimmung mit dem Kreisausschuss eine Sondersitzung des Kreistages Limburg-Weilburg mit dem alleinigen Thema „Kinderarmut“ einzuberufen. In dieser Sondersitzung soll im Sozialbereich tätigen Institutionen und Personen, wie z.B. dem Deutschen Kinderschutzbund, Gelegenheit gegeben werden, aus ihrer Sicht dem Kreistag über die derzeitige Situation der Kinderarmut im Kreisgebiet zu berichten. Im anschließenden Meinungsaustausch sollen Möglichkeiten gesucht und erarbeitet werden, wie und in welchem Maß der Kreis Limburg-Weilburg zur Lösung des Problems „Kinderarmut“ einen Beitrag leisten kann.“

Mit dem Einverständnis des Antragstellers lässt Kreistagsvorsitzender Robert Becker nun darüber abstimmen, dass der Kreistag den Jugendhilfeausschuss bittet, mit den im Jugendhilfeausschuss vertretenen Institutionen dieses Thema zu beraten und anschließend dem Kreistag hierüber zu berichten.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

-----

**506 Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen der „Aktion saubere Hände - Keine Chance den Krankenhausinfektionen“**

**507 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen der „Aktion saubere Hände - Keine Chance den Krankenhausinfektionen“**

Die o. g. Punkte werden zusammen aufgerufen und beraten.

Für die heutige Kreistagssitzung hat die Kreistagsfraktion DIE LINKE um die Beantwortung der folgenden Anfrage gebeten:

Nehmen Kliniken und Krankenhäuser aus dem Kreisgebiet schon an der vom Bundesministerium für Gesundheit und anderen Institutionen für Patientensicherheit und Gesundheitsvorsorge ins Leben gerufenen Aktion „Saubere Hände“ zur Vermeidung der Krankenhausinfektionen oder Maßnahmen mit ähnlicher Zielsetzung teil?

Die Anfrage wird vom Ersten Kreisbeigeordneten Helmut Jung wie folgt beantwortet:

Im Kreisgebiet Limburg-Weilburg nehmen zwei Krankenhäuser

- St. Vincenz-Krankenhaus Limburg
- Kreiskrankenhaus Weilburg

die stationäre Akutversorgung wahr.

Die neurologisch-psychiatrische und suchtmmedizinische Versorgung wird vom

- Zentrum für soziale Psychiatrie Hadamar und vom
- Klinikum Weilmünster

gesichert.

Darüber hinaus sind im Kreisgebiet zwei Rehabilitationseinrichtungen aktiv:

- Hohenfeld-Kliniken Pitzer Bad Camberg
- Neurologische Rehabilitationsklinik Bad Camberg

Im Bereich Hygiene besteht entsprechend den Dienstaufgaben eine enge Kooperation zwischen den Kliniken und dem Fachbereich VIa, Gesundheit, der Kreisverwaltung.

Nach Kenntnis des Fachbereiches Gesundheit sind alle Häuser der stationären Versorgung über die „Aktion saubere Hände“ zur Verminderung von Krankenhausinfektionen informiert und arbeiten in jeweils eigener Weise daran, die Krankenhausinfektionen zu reduzieren.

Die o. g. stationären Versorgungseinrichtungen wurden schriftlich um Stellungnahme hinsichtlich ihrer Teilnahme an der „Aktion saubere Hände - Keine Chance den Krankenhausinfektionen“ gebeten.

Ihre Teilnahme in 2009 haben erklärt:

- Kreiskrankenhaus Weilburg
- Hohenfeld-Pitzer Kliniken Bad Camberg

Unter Verweis auf die regelmäßig durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen und Mitarbeiterschulungen hinsichtlich Hygiene werden die nachfolgenden Einrichtungen nicht an der konkreten Maßnahme "Aktion saubere Hände - Keine Chance den Krankenhausinfektionen" teilnehmen:

- St. Vincenz-Krankenhaus Limburg
- ZSP Hadamar
- Klinikum Weilmünster
- Neurologische Rehabilitationsklinik Bad Camberg

Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE, Herr Reimund Benack, begründet folgenden Antrag:

„ Der Kreistag wird gebeten zu beschließen:

Der Kreistag bittet den Gesundheitsdezernenten, Landrat Manfred Michel und den Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg bei den Kliniken und Krankenhäusern im Kreisgebiet vorstellig zu werden und dafür zu werben, dass sich Vorgenannte in beiderseitigem Interesse von Krankenhäusern und Patienten an der durch das Bundesministerium für Gesundheit und andere Institutionen für Patientensicherheit und Gesundheitsvorsorge ins Leben gerufenen Aktion „Saubere Hände“ zur Verminderung der Krankenhausinfektionen beteiligen.

Kreistagsvorsitzender Robert Becker lässt nun über den o. g. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE wegen der „Aktion saubere Hände“ abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 58 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen**

-----

### **508 Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion wegen der Prüfungen zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Limburg-Weilburg**

Wegen der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Limburg-Weilburg für die Jahre 2006 bis 2010 sollten verschiedene Prüfungen durchgeführt werden. Die CDU-Kreistagsfraktion hat daher für die heutige Kreistagssitzung um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Was hat die Überprüfung der getrennten Erfassung und Entsorgung von Speisefetten ergeben?
2. Was ergibt sich aus der Überprüfung hinsichtlich einer gesonderten Erfassung der Spritzen und Kanülen im Bring- oder Holsystem für den Landkreis Limburg-Weilburg? Neben den Haushalten sollten auch die Arztpraxen und Krankenhäuser berücksichtigt werden.
3. Wurde überprüft, zusätzlich zu der Rückgabe von Medikamenten in Apotheken, den Haushalten eine weitere Rückgabemöglichkeit im Rahmen der kommunalen Entsorgung anzubieten?

Die Anfrage wird vom Ersten Kreisbeigeordneten Helmut Jung wie folgt beantwortet:

zu 1.: Soweit dem AWB bekannt, werden derzeit bei gewerblichen Anfallstellen im gastronomischen Bereich ca. 200 Mg Altfette eingesammelt. Da es sich hier um Abfälle zur Verwertung handelt, bieten mehrere private Anbieter ein flächendeckendes Entsorgungssystem an. Ein Bedarf an einem weiteren Sammelsystem besteht nicht. Für den Bereich der privaten Haushalte besteht derzeit die Möglichkeit, Altfette bei der Sonderabfallkleinmengensammlung abzugeben. Allerdings besteht aus Sicht des AWB keine Notwendigkeit für die getrennte Erfassung der im Haushalt anfallenden Altfette, da diese zusammen mit dem sonstigen Restabfall sinnvoll in der MBS-Anlage in Rennerod entsorgt werden. Für die Verwertung der Altfette müssen mindestens 200 l Gebinde bereitgestellt werden. Da bei den einzelnen Haushalten nur kleine Mengen anfallen, ist die Umfüllung nach der Sammlung notwendig. Die Prognose der durch die Haushalte bereitgestellten Menge ist sehr schwierig. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass über ein getrenntes Sammelsystem eine größere Menge als sie heute in einem flächendeckenden Sammelsystem bei „gewerblichen Anfallstellen“ anfällt, erfasst werden könnte. Unterstellt man eine erfassbare Menge von 200 Mg/a aus Haushaltungen könnten somit max. 200 x 114,- € (zzgl. MWSt.) an Behandlungskosten eingespart werden. Derzeit könnten etwa 150 €/Mg erlöst werden. Insgesamt könnte sich somit ein Kostenvorteil von 57.000 bis 58.000 €/a ergeben.

Dabei ist jedoch zu bedenken, dass einerseits der Verwertungserlös starken Schwankungen unterliegt und durchaus auch bis zu einer Zuzahlung reichen kann und andererseits nicht sicher ist, ob überhaupt eine Menge von 200 Mg/a erfasst wird,

Aber selbst bei Eintritt der o.g. Rahmenbedingungen wird es nicht möglich sein, ein flächendeckendes System, das alle Haushalte erreicht, zu betreiben, die unter dem möglichen Kostenvorteil von ca. 58.000 € liegen.

Ein getrenntes Sammelsystem für Altfette aus Haushaltungen erscheint daher gegenwärtig nicht wirtschaftlich und ist aus abfalltechnischer Sicht bei dem derzeitigen Entsorgungsweg über die MBS-Technik nicht notwendig.

zu 2.: Die Abgabe von Spritzen und Kanülen in stichfesten Behältnissen ist seit langer Zeit am Schadstoffmobil möglich. Der Abfall aus Krankenhäusern wird generell getrennt erfasst und nicht in der MBS-Anlage in Rennerod sondern in dafür zugelassenen Verbrennungsanlagen entsorgt. Die Entsorgung von Spritzen und Kanülen aus Arztpraxen über den Restabfall ist gesetzlich erlaubt. Es gibt auch keine diesbezüglichen Probleme bei der MBS-Anlage in Rennerod. Daher ist keine Not-

wendigkeit erkennbar, ein getrenntes Sammelsystem einzurichten. Falls ein solches Sammelsystem eingerichtet werden soll, ergibt sich die Frage, wer mit den damit verbundenen Mehrkosten belastet werden soll.

zu 3.: Die Abgabe von Altmedikamenten ist i.d.R. in den Apotheken möglich. Über 70% der Apotheken bieten nach Kenntnis des AWB eine kostenfreie Rücknahme an. Allerdings bitten viele Apotheken darum, die dazugehörigen Umverpackungen (Schachtel etc.) getrennt zu entsorgen. Je nach Material stehen hierfür die Papiertonne oder der gelbe Sack zur Verfügung. Zusätzlich ist die Abgabe auch am Schadstoffmobil möglich. Die Entsorgung ist jedoch gemäß der gesetzlichen Regelungen auch über den Restabfall erlaubt. Es gibt auch keine diesbezüglichen Probleme bei der MBS-Anlage in Rennerod. Daher ist keine Notwendigkeit erkennbar, ein getrenntes Sammelsystem einzurichten. Falls ein solches Sammelsystem eingerichtet werden soll, ergibt sich die Frage, wer mit den damit verbundenen Mehrkosten belastet werden soll.

-----

**509 Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion wegen der Erweiterung des Parkplatzes der PPC-Schule in Limburg, Zeppelinstr.**

Wegen der Erweiterung des Parkplatzes an der PPC-Schule in Limburg und der finanziellen Beteiligung durch die Kreisstadt Limburg hat die FWG-Kreistagsfraktion für die heutige Sitzung um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welches Verhandlungsergebnis wurde mit der Stadt Limburg erzielt?
2. Wie ist der aktuelle Sachstand der Finanzierung, Planung und Baugenehmigung?
3. Wann ist der Baubeginn vorgesehen und welcher Fertigstellungstermin wird angestrebt?

Die Anfrage wird von Landrat Manfred Michel wie folgt beantwortet:

- zu 1: Die Verhandlungen mit der Stadt Limburg sind noch nicht abgeschlossen. Nach der Klärung von restlichen Fragen ist eine Vertragsunterzeichnung im Januar 2009 zu erwarten. In Rede steht ein Baukostenzuschuss der Stadt von 60.000,00 EURO für die Herstellung eines ersten Bauabschnittes für 125 Stellplätze.
- zu 2: Planungen wurden noch nicht in Auftrag gegeben; ein Bauantrag wurde somit noch nicht gestellt. Dies ist davon abhängig, ob die Kostenbeteiligung der Stadt Limburg zustande kommt. Die Finanzierung der Maßnahme wird zggZ. im Vermögensplan des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft erfolgen.
- Zu 3: Ein Baubeginn steht nicht fest. Sobald die unter Punkt 2 genannten Voraussetzungen erfüllt sind, kann die Baumaßnahme begonnen werden.

-----



## **510 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen Stellenbeschreibungen für die Schulsekretärinnen des Kreises**

Wegen der Stellenbeschreibungen für die Schulsekretärinnen des Kreises hat die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen für die heutige Sitzung um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie ist der Sachstand zum Thema neue Arbeitsplatzbeschreibung?
2. a) Wer hat die Fachaufsicht?
  - b) Wie ist die Kommunikation geregelt?
  - c) Gibt es nun einen wie bei den Hausmeistern entsprechend vergleichbaren Ansprechpartner im Kreis?
3. Welche besonderen Veränderungen zur alten Arbeitsplatzbeschreibung sind hervor zu heben?
4. Wie wurden bzw. werden die Sekretärinnen darüber informiert?

Die Fragen werden von Landrat Manfred Michel wie folgt beantwortet:

### **zu 1: Wie ist der Sachstand zum Thema neue Arbeitsplatzbeschreibung?**

Nachdem die Schulsekretärinnen Gelegenheit hatten, zu den vom Fachdienst Personal und Organisation erarbeiteten Entwürfen Stellung zu nehmen und diese durch Anregungen zu ergänzen, ist der Fachdienst Personal und Organisation derzeit damit befasst, die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen, soweit möglich, in die Erstentwürfe der Arbeitsplatzbeschreibung einzuarbeiten. Diese Arbeiten stehen kurz vor dem Abschluss. Es ist damit zu rechnen, dass die Arbeiten im ersten Vierteljahr des Jahres 2009 einschl. der erforderlichen Arbeitsplatzbewertungen zum Abschluss gebracht werden können.

### **zu 2a: Wer hat die Fachaufsicht?**

Die Fachaufsicht über die Schulsekretärinnen wird durch die jeweilige Schulleitung ausgeübt.

### **zu Frage 2b: Wie ist die Kommunikation geregelt?**

Diese Fragestellung erschließt sich der Verwaltung nicht. Gleichwohl ist festzustellen, dass die Schulsekretärinnen sowohl mit Ihrer jeweiligen Schulleitung wie auch zu Fragen, die sie selbst betreffen, unmittelbar mit dem Fachdienst Personal und Organisation kommunizieren können. Dabei ist es ihnen in persönlichen Angelegenheiten selbstverständlich freigestellt, den sog. Dienstweg nicht einzuhalten. Sollte mit der Fragestellung etwas anderes gemeint sein, so wird der Fragesteller gebeten, ergänzend mit dem Fachdienst Personal und Organisation unmittelbar Kontakt aufzunehmen.

### **zu Frage 2c: Gibt es nun einen wie bei den Hausmeistern entsprechend vergleichbaren Ansprechpartner im Kreis?**

Ansprechpartner in der Kreisverwaltung sind für die Schulsekretärinnen nach wie vor der Fachbereichsleiter „Zentrale Dienstleistungen“ sowie die Fachdienstleiterin „Personal und Organisation“. Aus hiesiger Sicht gab es bislang keine Veranlassung, dies zu ändern. Im Hinblick auf die Umsetzung der Bemessungsrichtlinien für Schulverwaltungskräfte an Schulen könnte der Kreis der Ansprechpartner erforderlichenfalls noch erweitert werden. Anhaltspunkte dafür, dass dies notwendig ist, liegen derzeit allerdings nicht vor.

**zu Frage 3: Welche besonderen Veränderungen zur alten Arbeitsplatzbeschreibung sind hervorzuheben?**

Alte Arbeitsplatzbeschreibungen liegen hier weder vor noch ist bislang bekannt geworden, dass solche nach der Gründung des Landkreises Limburg-Weilburg erstellt worden wären. Gleichwohl vermögen wir trotz intensiver Nachfragen nicht auszuschließen, dass es an einigen Schulen von dort gefertigte Arbeitshilfen gab bzw. gibt, die jedoch dann nicht den Anforderungen einer modernen Arbeitsplatzbeschreibung entsprechen dürften. Bekannt ist dies allerdings nicht.

**Zu Frage 4: Wie wurden bzw. werden die Sekretärinnen darüber informiert?**

Da alte Arbeitsplatzbeschreibungen nicht vorliegen, können diese mit den neuen Arbeitsplatzbeschreibungen nicht verglichen werden, sodass die von den Fragestellern angesprochenen „besonderen Veränderungen“ weder feststellbar sind noch die Sekretärinnen über solche in Kenntnis gesetzt werden können bzw. konnten.

-----

**511 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen einem Armutsberichts/Lebenslagenbericht im Landkreis Limburg-Weilburg**

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen der Erstellung eines Armutsberichtes/Lebenslagenbericht wurde im Ausschuss für Soziales unter Hinzuziehung der Expertin Frau Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe von der Universität Gießen beraten. Sie empfahl, kleinere Strukturen im Kreis zu beachten, also Städte und Gemeinden.

Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurden die Bürgermeister seitens des Landrats hierüber informiert?
2. Wenn nein, wann ist ein Austausch auf der Bürgermeisterdienstversammlung oder ähnliches zum Thema Lebenslagenbericht im Kreis geplant?

Die Anfrage wird von Landrat Manfred Michel wie folgt beantwortet:

Über den Armutsbericht hat der Ausschuss für Soziales, Familien, Frauen, Jugend, Gesundheit und Sport des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg zuletzt am 19.02.2008 diskutiert. An der Sitzung nahm Frau Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe von der Universität Gießen teil. Sie referierte, gestützt durch eine Power-Point-Präsentation über die Möglichkeiten, die ein solcher Armutsbericht bietet aber auch über den mit der Erstellung des Armutsberichts verbundenen Aufwand, die Dauer der Arbeit und die hierdurch entstehenden Kosten.

Frau Prof. Dr. Meier-Gräwe nahm gezielt Stellung dazu, dass für einen Landkreis für die Erstellung eines Armutsberichts ein sehr hoher Aufwand notwendig ist. Ein Landkreis ist nicht vergleichbar mit den bisher von der Universität durchgeführten Projekten in den Städten.

Bei der Erstellung eines Armutsberichts für einen Landkreis sind nach Auffassung von Frau Prof. Dr. Meier-Gräwe die Städte und Gemeinden intensiv mit in die Arbeit einzubinden. In diesem Zusammenhang hat sie seinerzeit angeboten ggf. in einer Bürgermeisterdienstversammlung zu diesem Thema zu referieren.

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien, Frauen, Jugend, Gesundheit und Sport des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 19.02.2008 wurde keine Beschlussempfehlung für den Kreistag gefasst. Es sollte zunächst die weitere Entwicklung der Diskussion zu diesem Thema abgewartet werden.

Bis heute hat der Ausschuss sich mit diesem Thema nicht wieder beschäftigt. Aus diesem Grund wurden auch die Bürgermeister in dieses Thema nicht mit eingebunden.

Aus Sicht der Verwaltung sollte zunächst eine abschließende Beratung und Beschlussfassung durch den Ausschuss und auch durch den Kreistag abgewartet werden. Danach ist zu entscheiden, wie weiter vorzugehen ist.

-----

### **512 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen einem persönlichen Budget für Menschen mit Behinderungen**

Seit 2008 besteht ein Rechtsanspruch auf ein trägerübergreifendes persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen nach SGB IX, SGB XII und SGB XI. Viele Budgetnehmerinnen und Budgetnehmer benötigen Beratung und Assistenz bei der Beantragung, der Ermittlung des Unterstützungsbedarfs, der Auswahl der Hilfen und der Ausgestaltung der Unterstützung.

Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer leistet diese sachkundige Beratung und Betreuung im Landkreis Limburg-Weilburg bzw. welche Planungen gibt es für die Zukunft?
2. Wie erfolgt die Kontaktaufnahme?
3. Wie gestaltet sich die Öffentlichkeitsarbeit im Kreises zum trägerübergreifenden persönlichen Budget und der Beratung dazu?
4. Wie viele Personen haben ein persönliches Budget 2008 beantragt und welche Prognosen gibt es für die Zukunft?
5. Welche Erfahrungen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs wurden seitens der Kreisverwaltung bisher gemacht?

Die o. g. Anfrage wird von Landrat Manfred Michel wie folgt beantwortet:

#### **Frage 1**

Die Beratung und sachkundige Hilfe erfolgt im Fachbereich Soziales durch die Mitarbeiterin Frau Ehrhardt, ggf. auch in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gesundheit. Frau Ehrhardt nimmt bereits seit dem Jahr 2006 regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen zum Thema „Persönliches Budget“ teil. Sie ist ferner Mitglied in der Arbeitsgruppe der mittelhessischen Sozialhilfeträger zum „Persönlichen Budget“. Besondere Planungen für die Zukunft gibt es nicht.

Nach Kenntnis des Fachbereiches Soziales gibt es in Hessen bisher kein echtes trägerübergreifendes persönliches Budget, sondern lediglich persönliche Budgets in dem die Sozialhilfeleistungen zusammengefasst wurden, nicht aber die Leistungen anderer Sozialleistungsträger, wie Pflegekasse, Krankenkasse, Rentenversicherung etc.

#### **Frage 2**

Die Kontaktaufnahme erfolgt in der Regel telefonisch.

#### **Frage 3**

Öffentlichkeitsarbeit in Form von Presseveröffentlichungen durch den Landkreis etc. gibt es bisher nicht.

#### **Frage 4**

Es wurden bisher 2 Anträge gestellt. Bewilligungen gibt es noch keine.

- Ein Antragsteller erfüllte die persönlichen Voraussetzungen nicht. Er gehörte nicht zu dem Personenkreis der Behinderten i. S. der §§ 53 und 54 SGB XII.
- Ein Antrag wurde nach ausführlicher persönlicher Beratung zurückgezogen. Der Hilfeempfänger wollte lieber weiterhin die bisher geleisteten Sachleistungen.

#### **Frage 5**

Aufgrund der geringen Nachfrage gibt es noch keine besonderen Erfahrungen im Landkreis Limburg-Weilburg. Dies deckt sich auch mit den Informationen von anderen Sozialhilfeträgern im hessischen Raum.

-----

#### **513 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wegen dem Sachstand der Planungen zum Ausbau der B49 im Abschnitt Beselich-Heckholzhausen**

Wegen dem Sachstand der Planungen zum Ausbau der B49 im Abschnitt Beselich-Heckholzhausen hat die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen für die heutige Sitzung um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Welchen Sachstand haben die Planungen zur Streckenführung im Bereich Heckholzhausen?
2. Wie lauten die Stellungnahmen der Ämter des Kreises für diesen Abschnitt im Wortlaut besonders bezüglich des Naturschutzes und der Folgen für die Landwirtschaft?

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

#### **zu 1) Sachstand der Planungen zur Streckenführung im Bereich Heckholzhausen (Stellungnahme des ASV Dillenburg)**

Um im Abschnitt Beselich-Heckholzhausen mit dem Ausbau der B 49 beginnen zu können, muss zunächst das Baurecht geschaffen werden. Hierzu hat die Gemeinde Beselich März 2007 den Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst.

Aktueller Sachstand:

Die Gemeinde strebt an, durch Satzungsbeschluss bis Ende 2008/Anfang 2009 Baurecht zu schaffen. Nach Vorliegen des Baurechts ist noch die Einholung von Einzelgenehmigungen notwendig (z.B. wasserrechtliche/forstrechtliche bzw. naturschutzrechtliche).

Bei der ersten Anhörung der Träger öffentlicher Belange (2007) gab es erhebliche Widerstände hauptsächlich wegen der Inanspruchnahme der Landwirtschaftsflächen. Daraufhin erfolgte die Umplanung des Kompensationskonzeptes und die Abstimmung mit der Gemeinde und dem Amt für Bodenmanagement Limburg und der Unteren Naturschutzbehörde bzw. Unteren Wasserbehörde. Dadurch kam es zu einer zeitlichen Verzögerung beim B-Plan-Verfahren. Im laufenden Verfahren ist jetzt noch der zusätzliche zweite Anschluss für Heckholzhausen eingeplant worden.

#### **zu 2) Die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde und des Fachbereiches Ländlicher Raum sind dieser Niederschrift als Anlage I beigefügt.**

Da keine weiteren Fragen mehr vorliegen, bedankt sich der Kreistagsvorsitzende Robert Becker für die Mitarbeit, wünscht den Anwesenden eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit, einen guten Rutsch ins neue Jahr und beendet die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg um 11.50 Uhr.

Kreistagsvorsitzender:

---

Schriftführer:

---

Kenntnis genommen:

Der Kreisausschuss des Landkreises  
Limburg-Weilburg

(M. Michel)  
Landrat